Oben auf der Prioritätenliste steht natürlich die *ökologische Steuerreform*, die fast an Europa zu scheitern drohte, weil bei den Koalitionsverhandlungen wohl niemand an ihre Kompatibilität mit dem Subventionsrecht der Europäischen Gemeinschaft gedacht hat. Deshalb kam es zu Nachbesserungen in Zusammenarbeit mit Brüssel, die allerdings eher mit einem Sturm im Wasserglas zu vergleichen sind. Viel bedeutsamer wird die Arbeit für eine gemeinsame Energiesteuer, die zunächst eine Besteuerung aller Energiequellen (inklusive Elektrizität) und danach eine ökologische Steuerreform auf der europäischen Ebene vorsieht. Dies gilt umso mehr, da die Koalitionsvereinbarung eine ökologische Steuerreform enthält, die ab der zweiten Etappe im Kontext der Europäischen Union durchgeführt werden soll. Deutschland ist also für die Umsetzung der *eigenen* Wirtschafts- und Umweltpolitik auf die europäische Zusammenarbeit angewiesen. Insbesondere die südlichen Mitgliedsstaaten, aber auch das Vereinigte Königreich, müssen durch die Präsidentschaft von den europäischen Vorteilen und der Abwesenheit von Nachteilen dieser neuen Regelung überzeugt werden. Nicht vergessen werden sollte dabei, daß in Deutschland immer noch jährlich Kohlesubventionen in Milliardenhöhe gezahlt werden. Wie passen die aus der Sicht der anderen Mitgliedsstaaten zur ökologischen Steuerreform?

Wichtig für Europa ist weiterhin die Verabschiebung der *Agenda 2000*, des gesetzlichen Regelwerks für die Finanzierung der Aufgaben der Europäischen Union. Es besteht Konsens über eine notwendige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere wegen der Osterweiterung. Gleichzeitig sollen die Umweltauswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik durch eine entsprechende Regelung der Prämien deutlich verbessert werden. Was damit konkret gemeint ist, wird verhandelt werden müssen. Ein erster Versuch der Österreichischen Präsidentschaft hat nur wenig Zustimmung gefunden. Die Festsetzung von Gemeinsamen Umweltstandards für die Landwirtschaft wird – wenn überhaupt – nur auf der globalen Ebene, im Sinne von wesentlichen Anforderungen, gelingen. Letztere müßten dann von den Mitgliedsstaaten für die Zahlung von Subventionen weiter konkretisiert werden. Ob die Mitgliedsstaaten aber diesen Spielregeln tatsächlich zustimmen, bleibt abzuwarten.

Wie kann die deutsche EU-Ratspräsidentschaft den Umweltschutz voranbringen?

Über die Öko- steuer hinaus

Zum erstenmal in der Geschichte der Europäischen Union wird die deutsche Präsidentschaft von einer rot-grünen Regierungskoalition wahrgenommen. Für die Umweltpolitik der Gemeinschaft entstehen somit Chancen für neue Initiativen. Dabei wäre die Bundesregierung gut beraten, eine Umweltpolitik für Europa zu betreiben, die nicht nur die eigenen Interessen berücksichtigt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Deutschen Präsidentschaft betrifft die sogenannte *integrierte Produktpolitik*, über die auf dem informellen Umweltrat Anfang Mai gesprochen werden soll. Hier wird es darauf ankommen, das Thema überhaupt auf die europäische Tagesordnung zu bringen, damit die Europäische Kommission entsprechende Vorschläge unterbreiten kann. Auch das Thema *internationaler Handel und Umwelt* ist aufzugreifen, zumal die Gemeinschaft ihren Standpunkt für die nächste WTO-Verhandlungsrunde (Millenium Round) festlegen sollte. Auf Eigeninitiative der Bundesregierung wird die Integration von Umwelt- und Nachhaltigkeitsanforderungen in der Gemeinsamen Fischereipolitik eingebracht. Und weil die neue Bundesregierung sich für eine aktive Arbeitsmarktpolitik ausgesprochen hat, wird das alte Thema *Umwelt und Beschäftigung*, aktualisiert. Gleichwohl ist zu fragen, wie es angegangen werden soll. Damals konnten neu entstandene Arbeitsplätze vor allem im nachsorgenden Umweltschutz erfaßt und als umweltpolitische Erfolgsstory vermittelt werden. Im Zeitalter einer integrierten Umweltpolitik mit dem Schwerpunkt auf die Vermeidung von Umweltbelastungen ist diese Vorgehensweise nicht mehr angebracht. Vielmehr kommt es darauf an, eine *ökologische Modernisierung* der Wirtschaft einzuleiten und nachhaltig zu festigen. Bisher fehlt dazu ein umfassendes Konzept für Europa,

obwohl es bereits zahlreiche, unterschiedliche Bausteine gibt: Öko-Audit, Europäisches Umweltzeichen, Vorschlag für eine gemeinsame Energiebesteuerung, Konzept der Verkehrswege-gelder, Strategie für erneuerbare Energieresourcen, Integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltbeeinträchtigungen, Auto-Öl-Programm, Zugang zu Umweltinformationen, gemeinsame Klimastrategie etc. Es wäre jedoch zuviel verlangt, diese Elemente *kurzfristig* in ein Gemeinschaftskonzept einzuarbeiten.

► „Altlasten“ nicht vergessen

Im übrigen wird die Deutsche Präsidentschaft sich auch mit den vielen Dossiers zu beschäftigen haben, die sie von ihren österreichischen Vorgängern übernehmen muß. Die Themen sind breitgestreut. Einige wichtige Beispiele sind:

! die strategische Umweltprüfung (für Pläne und Programme),

! die Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen in Bezug auf die Umweltpolitik (mit einem Kapitel zur nuklearen Sicherheit) und

! die Fortentwicklung des EG-Öko-Audit-Systems.

Schließlich gibt es auch Hausaufgaben zur Beseitigung von Versäumnissen aus der Vergangenheit, insbesondere bei der Umsetzung der Richtlinie über den Naturschutz (Natura 2000) und der Richtlinie über den Zugang zu Umweltinformationen.

Die europäische Umweltpolitik der Deutschen Präsidentschaft muß zwangsläufig flexibel ausgelegt und stark auf Kompromißbereitschaft ausgerichtet werden. Im übrigen sind die Spielräume, nicht nur wegen der kurzen Zeit eines halben Jahres, eher gering. Hinzu kommt die Tatsache, daß eine erfolgreiche Präsidentschaft nicht nur an der Anzahl der neuen Initiativen, sondern auch an der Anzahl der abgeschlossenen Dossiers gemessen wird. Erfolgreich ist ein Umweltratspräsident nicht dann, wenn er es versteht, gute Vorschläge eloquent vorzutragen, sondern wenn er erreicht, daß dafür Mehrheiten gefunden werden. Das Ergebnis der Deutschen Ratspräsidentschaft wird sich an diesem Grundsatz messen lassen müssen.

Der Autor

Dr. Jan C. Bongaerts ist zur Zeit Berater der Deutschen Vertretung der Europäischen Kommission.
Kontakt: Dottendorfer Str. 74, 53129 Bonn,
 E-mail: jan.bongaerts@deutschland.dg10-bur.cec.be

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.